

22 Prozent klettern muss. Zum Ausgleich sollten die Arbeitnehmer eine zusätzliche private Vorsorge aufbauen – vor allem mithilfe der Riester-Rente, die staatlich gefördert wird.

Doch der Plan ging nicht auf, weil sich vor allem für Niedrigverdiener der Abschluss einer Privatvorsorge oft nicht rechnet (SPIEGEL 8/2016). Als Folge drohen nun Millionen Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen oder sogenannten unterbrochenen Erwerbsbiografien als Minijobber, Soloselbstständige oder Teilzeitkräfte in die Altersarmut zu fallen.

Dass etwas getan werden muss, ist unter Fachleuten deshalb unumstritten. Das Problem ist nur, dass Seehofers Plan die Defizite des heutigen Systems nicht beseitigt, aber neue Konflikte zwischen den Generationen provoziert.

Denn jedes Schrauben am allgemeinen Rentenniveau kostet Milliarden. Wer die Ansprüche der Senioren nur um einen Prozentpunkt anhebt, belastet die Alterskasse mit etwa sechs Milliarden Euro. Würde das Rentenniveau also auf dem gegenwärtigen Stand von knapp 48 Prozent eingefroren, wären pro Jahr zweistellige Milliarden-

beträge zusätzlich fällig. Bezahlen müssten das die Jüngeren aus ihrem Einkommen über höhere Steuern oder höhere Beiträge. Den Profit dagegen könnten alle Senioren einstreichen, auch jene große Mehrzahl der Rentner also, die über hohe Altersgelder, ansehnliche Vermögen oder stattliche Zusatzeinkünfte verfügen.

Für den Kampf gegen die Altersarmut dagegen wäre kaum etwas gewonnen. Verkäuferinnen etwa, die einen Teil ihres Arbeitslebens in Teilzeit verbracht oder viele Jahre lang Kinder erzogen haben, bekämen trotzdem nicht mehr als das Hartz-IV-

Altersrisiko Wohnen

Soziales Die Mieten in den Städten steigen, der Wert des Häuschens in der Provinz sinkt – eine Armutsfalle für viele Senioren.

Wenn Holger Purgander, 72, auf sein Leben zurückblickt, muss er sich nicht schämen. 40 Jahre lang Pünktlichkeit, 40 Jahre lang hat er als Busfahrer und Maschinenschlosser gearbeitet, immer Steuern bezahlt. Mit seinen 811,90 Euro Rente monatlich kam der Rentner einigermaßen über die Runden. Bis seine 54-Quadratmeter-Wohnung im Berliner Außenbezirk Niederschönhausen zwei neue Fenster und einen Balkon bekam.

Für den Vermieter war die Investition eine Modernisierung, für Purgander war es der Schritt ins soziale Abseits. Die Monatsmiete kletterte, von 204 im Jahr 2012 auf inzwischen 313 Euro kalt. Jetzt bleiben Purgander noch 150 Euro im Monat für Lebensmittel, zu wenig für drei Mahlzeiten am Tag, und so schleicht er sich, wenn es am Monatsende mal wieder eng wird, für ein Mittagessen zur nahe gelegenen Caritas.

Purganders stiller Kampf um ein würdiges Auskommen ist eine Herausforderung, die auf Millionen Deutsche zukommt. Wohnen ist zum Risikofaktor geworden, der in Zukunft massiv zur Altersarmut beitragen wird. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, die sich mit „Lebenslagen und Einkommenssituation älterer Menschen“ befasst hat. Die Autoren gingen der Frage nach, wie sich die Entwicklung des Wohnungsmarkts auf das Leben der Senioren auswirken wird.

Zwei gegenläufige Prozesse verschärfen die Altersarmut: Während die

Immobilien- und Mietpreise in den städtischen Zentren rasant anziehen, verfallen die Häuserwerte in vielen ländlichen Regionen. Es geht also nicht nur um Mieter in teuren Ballungsräumen, auch die Lage einer Vielzahl von Eigenheimbesitzern verschlimmert sich. Sie hatten sich die Immobilie nicht zuletzt als Sicherheit fürs Alter zugelegt. Doch nun ist das ersparte Heim immer weniger wert.

Regina Hubmann*, 67, hat es erlebt, von Kindheit an lebte sie in einem 250 Quadratmeter großen Winzerhaus in Rheinland-Pfalz, Fachwerk, Scheune, ein üppiger Garten. Vor 15 Jahren ließ Ehepaar Hubmann das Haus schätzen,

350 000 bis 400 000 Euro taxierten damals die Gutachter. Die Altersversorgung schien gesichert. Als ihr Mann starb, verkaufte Hubmann das Haus, für nur 195 000 Euro. Der Erlös reichte nicht für eine mittelgroße Eigentumswohnung in der nächsten Stadt. Jetzt wohnt sie auf 90 Quadratmetern zur Miete.

Das Armutsrisiko steigt zusätzlich, weil die Senioren, je älter sie werden, immer weniger bereit sind, sich örtlich zu verändern. Nur jeder fünfte über 80-Jährige würde laut der Studie noch einmal umziehen. Dabei wäre es für viele sinnvoll, sich räumlich zu verkleinern und so Mietkosten zu sparen, wenn die Kinder aus dem Haus sind oder der Partner stirbt.

Was tun? „Das Thema Altersarmut wird zu wenig in das strategische Handeln einbezogen“, kritisiert Projektleiterin Nina Oettgen. Das Bau- und Umweltministerium denkt über alles nach, über günstigere Sanierungen von Seniorenwohnungen, über mehr Hilfen für behindertengerechte Umbauten oder über höhere Anreize für Investoren für barrierefreie und preiswerte Wohnungen. „Wir brauchten jährlich 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen“, sagt der parlamentarische Staatssekretär im Bauministerium Florian Pronold, „davon bis zu 80 000 Sozialwohnungen“. Und davon wiederum viele für Senioren.

Holger Purgander hat die Hoffnung auf eine Wende zum Besseren aufgegeben. Gäbe es eine Fee, hätte er nur den einen Wunsch: „Mehr Geld fürs Essen, mehr Geld zum Leben!“



Rentner Purgander

Für ein Mittagessen zur Caritas

* Name geändert.

Alexej Hock, Horand Knaup